

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

11. Beiblatt

6. März 1946

15/J.

A n f r a g e

der Abgeordneten Gabriela P r o f t, Ferdinanda F l o s s m a n n, Wilhelmine M o i k, W e d e n i g, W e i k h a r t, Paula W a l l i s c h, Hilde K r o n e s und Genossen (SPÖ)

an den Bundesminister für Inneres,
betreffend die Bekämpfung des Schleiehhandels.

Mit Empörung und Verbitterung sieht die Bevölkerung in Wien, insbesondere die unter besonders schwierigen Existenzbedingungen lebende Arbeiterschaft, dass sich in Wien auf öffentlichen Plätzen unter den Augen der Behörden geradezu Märkte gebildet haben. Auf diesen Märkten werden lebenswichtige Bedarfsgegenstände und Lebensmittel, deren Verteilung gesetzlich geregelt ist, durch unbefugte Händler zu Phantasiopreisen angeboten oder erworben.

Die Arbeiterschaft ist empört darüber, dass sie ihre Tätigkeit am Wiederaufbau bei wahren Hungerrationen verrichten muss, während lichtscheues Gesindel, Schmarotzer und politische Marodeure aus den Erträgen ihrer unerlaubten Geschäfte in Saus und Braus leben.

Unter der Arbeiterschaft findet die Haltung der Sicherheitsbehörden, die diesem Treiben bisher kein wirkungsvolles Ende bereiten konnten, kein Verständnis.

Als besonders untragbar wird die Tatsache empfunden, dass es vielfach Ausländer sind, die die ihnen gewährte oder von ihnen erschlissene Gastfreundschaft in die sehr schändlichen Weise missbrauchen. Die Bevölkerung verlangt mit Recht sofortige durchgreifende Massnahmen gerade gegen diese Elemente. Als solche erscheint die unverzügliche Abschiebung in das Herkunftsland oder, falls diese nicht durchführbar ist, die unverzügliche Internierung und Heranziehung zu lebenswichtigen Wiederaufbauarbeiten. Die Arbeiterschaft verlangt mit Recht von den Behörden, dass die Aufenthaltsbewilligungen für Ausländer überprüft und Aufenthaltsbewilligungen nur solchen erteilt werden, deren derzeitige wirtschaftliche Betätigung auch von der Arbeiterschaft als für Wiederaufbau lebenswichtig betrachtet wird.

Schliesslich wird es unter der Arbeiterschaft lebhaft kritisiert, dass heute in den Geschäften ganz offen Preise gefordert werden, die weit über dem bewilligten Höchstpreis liegen, oder dass die alten und gerechtfertigten Preise heute auch für minderwertige Erzeugnisse verlangt werden.

Ferner muss immer wieder festgestellt werden, dass Handwerker und Gewerbetreibende für Leistungen nicht nur einen weit überhöhten Preis, sondern daneben auch noch Prämien in Mangelwaren begehren.

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

12.Beilage.

6.März 1946

Die Arbeiterschaft ist durch den Lohnstop gezwungen, bei den Hungerlöhnen, die die faschistischen Regierungen ihr auferlegt hatten, vorläufig stehenzubleiben. Sie ist aber nicht gewillt zuzusehen, dass Parasiten ihr durch unverschämte Preisbildung die wenigen Groschen noch auf betrügerische Art entziehen.

Die Arbeiterschaft verlangt daher von den Sicherheitsbehörden, dass diese unverzüglich und mit aller strengen Entschiedenheit dem unwürdigen Treiben der Schleich- und Schwarzhändler auf öffentlichen Plätzen oder in Lokalen ein Ende bereiten; sie verlangt ferner eine verschärfte Überwachung aller nach Wien kommenden Transporte. Die Sicherheitsbehörden dürfen nicht davor zurückscheuen, an den bekannten Einfahrtsstrassen Wiens jedes einlangende Fahrzeug genauest zu untersuchen, um festzustellen, ob Menge und Inhalt der mitgebrachten Waren mit den Fahrbewilligungen übereinstimmt. Die ertappten Übeltäter müssen sofort in Haft genommen und den zuständigen Gerichten zur Bestrafung nach dem Gesetz zur Deckung lebenswichtigen Bedarfes eingeliefert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1.) Ist der Herr Bundesminister geneigt, mitzuteilen, welche Hindernisse einer durchgreifenden Aktion der ihm unterstellten Behörden gegen den Schleich- und Schwarzhandel sowie gegen den Preiswucher und andere Umtriebe bisher hinderlich im Wege standen?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, bekanntzugeben, welche Massnahmen er künftig zur beschleunigten und gründlichen Abstellung dieser Übelstände anzuordnen gedenkt?

Schluss der Anträge und Anfragen.